



Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Konsequenzen aus den Erkenntnissen über das Rechtsextremen-Trio aus Thüringen"

Drucksache 17/ 2000

– Der Landtag wolle beschließen:

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN „Konsequenzen aus dem Erkenntnissen über das Rechtsextremen-Trio aus Thüringen“ (Drs. 17/2000) wird um folgende Punkte ergänzt:

- Hat sich die Position der Landesregierung zu einem Verbot der NPD nach dem Beschluss des CDU-Bundesparteitages vom 15.11.2011 geändert und wird sich die Landesregierung an einer Arbeitsgruppe von Bund und Ländern zur Prüfung eines Verbotsverfahrens künftig beteiligen?
- Ist der Landesregierung bekannt, ob die mit der Umverteilung der Finanzmittel verbundene Schwächung der Initiativen gegen Rechtsextremismus und zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit durch die Bundesregierung auch in Schleswig-Holstein zum Wegfall von entsprechenden Angeboten und Projekten geführt hat?
- Wenn ja: Plant die Landesregierung die Rücknahme der Kürzungen der anteiligen Finanzierung der Kosten für die Kampagne „Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“?

Serpil Midyatli
und Fraktion